

Reform der Lehrkräfteausbildung in der 1. und 2. Phase zum Beispiel durch:

- ein duales Lehramtsstudium, in dem die Studierenden von Beginn an in die schulische Arbeit integriert sind und so zunächst assistierend mehr und mehr in eine unterrichtliche Tätigkeit eingebunden werden,
- eine inhaltliche Orientierung der Lehramtsstudiengänge auf die späteren Anforderungen im Beruf,
- ein einheitliches Stufenlehramt für alle Schulformen.

Auf Dauer werden sich der Lehrkräftemangel sowie die Bildungskrise insgesamt nur dann lösen lassen, wenn unser Bildungssystem grundlegend reformiert wird. Über Versäumtes und falsch gesetzte Prioritäten ist nachzudenken. Erforderlich ist eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft von Schule und Bildung.

GGG im Gespräch

mit den bildungspolitischen SprecherInnen der Regierungsfractionen im Bundestag

Rainer Dahlhaus

Gesprächsthemen gibt es genug: Dazu gehören und gehören die politischen Vorhaben der Kultusministerkonferenz (KMK) ebenso wie das Programm „Aufholen nach Corona“ und das Startchancen-Programm der Ampelkoalition.

Deswegen haben wir als Bundesvorstand in den vergangenen Monaten mit den bildungspolitischen SprecherInnen der Koalitionsfraktionen Oliver Kaczmarek (SPD), Nina Stahr (Bündnis 90/Die Grünen) und Ria Schröder (FDP) Gespräche aufgenommen, um ihnen die Sicht der GGG und damit der Schulen des längeren gemeinsamen Lernens zu diesen Politikfeldern nahe zu bringen. Anders als die Bundesbildungsministerin und ihr Staatssekretär, die Gesprächsanfragen der GGG knapp und mit fragwürdiger Begründung abgewiesen haben, waren die drei Abgeordneten sofort bereit, mit der GGG ins Gespräch zu kommen. Mit Oliver Kaczmarek und Nina Stahr waren wir inzwischen zweimal im Rahmen von Videokonferenzen verbunden, mit Ria Schröder einmal.

Zu den Themenfeldern der KMK gehörten – bedingt durch den Arbeitsplan der KMK – Regelungen zur Fachleistungsdifferenzierung an Schularten mit mehreren Bildungsgängen ebenso

wie die künftige Gestaltung der gymnasialen Oberstufe. In beiden Fragen drängt die GGG bekanntlich darauf, eine größtmögliche Entscheidungsfreiheit für die Arbeit der Schulen vor Ort zu eröffnen. In den Gesprächen wurde einmal mehr deutlich, wie unzugänglich die KMK selbst auch für BundespolitikerInnen ist und wie sehr darauf geachtet wird, die Kulturhoheit der Länder vor Versuchen der inhaltlichen Einflussnahme durch den Bund zu schützen.

Großen Raum nahm in den Gesprächen das Startchancen-Programm der Koalition ein, nicht zuletzt, weil sich der Beginn dieses Programms verzögert, da das zuständige Bundesministerium für Bildung und Forschung unter der Leitung von Bettina Stark-Watzinger (FDP) nicht in der Lage war, die Rahmenbedingungen des Programms gemeinsam mit den Ländern zügig zu entwickeln und abzustimmen. Insbesondere die Frage des Verteilungsschlüssels der Gelder war lange ungeklärt. Die GGG hat in den Gesprächen mit den Abgeordneten nachdrücklich auf eine Verteilung nach Sozialindex statt nach Königsteiner Schlüssel gedrängt und hat damit bei allen GesprächspartnerInnen Zustimmung gefunden. Spannend wird auch die Entscheidung, welche Schulformen bei der Verteilung der Mittel in welchem Umfang berücksichtigt werden. Der Koalitionsvertrag sieht allgemein- und be-

rufsbildende Schulen vor, teilweise scheint es aber Bestrebungen zu geben, im Bereich der allgemeinbildenden Schulen lediglich Grundschulen zu fördern. Natürlich haben wir als GGG darauf gedrängt, dass auch die Schulen der Sekundarstufe I Berücksichtigung finden müssen. In den Gesprächen wurde dann deutlich, dass auch in dieser Frage unsere GesprächspartnerInnen unsere Einschätzung teilen.

Die Realisierung von mehr Bildungsgerechtigkeit, die Intention des Startchancen-Programms ist, wurde von allen drei PolitikerInnen als dringliches Anliegen hervorgehoben; um die Thematik weiter voranzubringen, führt die GGG eine Bundesarbeitstagung am 10.06.2023 durch. Alle drei PolitikerInnen haben – darauf angesprochen – ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, bei dieser Arbeitstagung mit zu diskutieren.

Das Startchancen-Programm

Peter Ehrlich
im Gespräch mit **Anastasia Baumann**

Frau Baumann ist seit 2022 Vorstandsmitglied im Beirat der Jungen Liberalen in Wiesbaden. Ihre bevorzugten Bereiche sind Bildungs-, Finanz- und Energiepolitik. Hauptberuflich ist sie derzeit als Lehrerin an einer Frankfurter IGS tätig. In dieser Doppelrolle sprach ich mit ihr über das von der Bundesregierung angekündigte Startchancen-Programm.

Wenn Frau Baumann nach Wunsch über die angekündigten jährlichen 1,5 bis 2 Milliarden Euro Startchancengeld für benachteiligte Schulen verfügen könnte, fielen ihr sofort drei Bereiche ein, in die sie das Geld investieren würde: Ausbau der digitalen schulischen Infrastruktur, Bereitstellung weiterer Ressourcen für heterogenitäts- und diversitätsfreundliche Unterrichts- und Schulentwicklung sowie Investitionen in die Personalgewinnung und -entwicklung.

Aus ihrer beruflichen und politischen Tätigkeit ist Frau Baumann die Brisanz dieser Themen vertraut. Die benannten Entwicklungsfelder ließen sich nicht getrennt voneinander betrachten. Dringend nötige Ausgaben in die Digitalisierung wiederum unterstützen die Individualisierung und Öffnung des Unterrichts. Individualisierte und offenere, d. h. zunehmend auf die selbstverantwortliche Gestaltung des Lernprozesses durch die Schüler*innen zielende Lernsettings bewirken ihrerseits wiederum eine Neuausrichtung der Arbeitsweise und Rolle der Lehrkräf-

te. Eine Modernisierung des Berufsbildes ‚Lehrer*in‘ schließlich sei für interessierte Menschen ein möglicher Anreiz dafür, sich für diesen Beruf zu entscheiden.

In einer idealen Welt flösse ein Teil des Geldes in die Bereitstellung flächendeckender Glasfaserleitungen und digitaler Endgeräte an allen Schulen. Damit sei die Grundlage dazu geschaffen, die Potentiale digitaler Lernmöglichkeiten zur passgenauen Förderung der Schüler*innen und Entlastung der Lehrkräfte zu nutzen. Digitale Anwendungen ermöglichen eine personalisierte Diagnostik der Schüler*innen, unmittelbares Feedback und die Bereitstellung weiterer individualisierter Lernangebote; und das oftmals ohne das Zutun der Lehrkraft. Zeitraubende Korrektur, das händische Erstellen von Lernplänen und das Zusammenkopieren geeigneter Materialien entfielen. Stattdessen werde Zeit freigesetzt, um die Rolle als Lehrkraft zeitgemäß zu gestalten: das Lernen der Schüler*innen unterstützend zu begleiten, gemeinsam Lernwege zu planen und Schritte zu wagen, Fehler zu reflektieren und in diesem Prozess stabile Bindungen zwischen Schüler*innen und Lehrkraft zu entwickeln. Weniger Zeit für die noch immer papierlastige Unterrichtsvorbereitung und Lerndokumentation bedeute auch mehr Zeit für die gemeinsame Kooperation der Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeitenden sowie für die weitere Qualifizierung durch Trainings und Supervision. Denn Kooperation und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten, die Lehrkräften individuelle Tätigkeitsschwerpunkte ermöglichen und ihren Beruf aktiv mitzuge-